

Griechisches Versuchskaninchen im Eurolabor

Gastkommentar. Bei der Aufnahme Griechenlands in die Eurozone haben viele Jahre sämtliche Kontrollen auf allen Ebenen kläglich versagt. Nun aber haben wir dieses „Trojanische Pferd“ in der Zone und müssen es eben durchfüttern.

VON FRITZ BREUSS

Seit dem Ausbruch der Griechenland-Krise Anfang 2010 beschäftigen sich die Verantwortlichen in der Eurozone fast ausschließlich mit Krisenmanagement. Trotz aller Kalamitäten hat aber auch die Griechenland-Krise – und in der Folge die Eurokrise – den Anstoß zur Revision der Economic Governance der Eurozone gegeben, um für künftige Krisen besser gewappnet zu sein.

À la Schumpeter findet in Europa gerade ein „schöpferischer Prozess der Zerstörung“ statt, indem alte Strukturen (in Griechenland) und in der Eurozone durch neue und stabilere ersetzt werden. Insgesamt werden die Fehler in der Architektur der WWU schrittweise ausgemerzt.

Die Aussage von Bundeskanzlerin Angela Merkel, Griechenland solle Teil der Eurozone bleiben, und weitere Bekenntnisse, den „Euro zu retten, koste es was es wolle“ (Barroso, Draghi), bringen Griechenland in eine starke Position. Um die Gefahr der Erpressung einzuschränken, musste sich Griechenland den Reformauflagen der Troika (übrigens so wie Irland und Portugal; bald auch Zypern und Spanien bezüglich der Bankenhilfe) unterwerfen.

Das Hauptorgankind

Während die übrigen „Programmländer“ gute Fortschritte in Richtung Tragfähigkeit ihrer Staatsschulden machen, ist und bleibt Griechenland das Hauptorgankind. Athen steht nun unter strenger Aufsicht („Protektorat“) der Troika (Vertreter von Europäischer Kommission, EZB und Internationalem Währungsfonds, IWF), Griechenland ist nun ein ökonomisches und politisches Versuchskaninchen im Eurolabor!

Gelingt das Experiment (also greifen die Reformen und findet das Land wieder auf einen tragfähigen Wachstumspfad zurück), wird dieses Land als Muster für erfolgreiche Sanierung ohne Euro-Austritt und ohne Staatsinsolvenz gelten können. Wenn nicht, bleibt nur noch ein „Deal für Athen“.

Aus heutiger Sicht weiß man, dass Griechenland nie in die Eurozone hätte aufgenommen werden dürfen („Die Aufnahme war eine Todsünde“, so Theo Waigel). Griechenland hat zweimal die Budget-



zahlen manipuliert, das erste Mal beim Eintritt 2001, zuletzt beim Regierungswechsel Ende 2009. Versäumnisse gab es auf allen Seiten: in Griechenland und bei den Prüfern von Eurostat und Europäischer Kommission, aber auch bei den Staats- und Regierungschefs, die strengere Kontrollen verhinderten. Nun haben wir das „Trojanische Pferd“ in der Eurozone und müssen es eben durchfüttern.

Solidarität im Vordergrund

Die EU bzw. die Untergruppe „Eurozone“ ist seit Anfang 2010 mehrfach über ihren Schatten gesprungen und hat sich seit der Eurokrise neu orientiert. Bis zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 (auch „Große Rezession“ genannt) galt in der WWU bzw. in der Eurozone eher das US-Modell mit einem strikten „no-bailout“ (in Art. 125 AEUV verankert). Dies sollte „moral hazard“ verhindern. Diese Rechnung ist aber letztlich nicht aufgegangen.

Seit 2010 schwenkt die Eurozone eher zum Föderalsystem à la Deutschland und Österreich um, wo die Zentrale (der Bund) für die Schulden der Gliedstaaten die Haf-

tung übernimmt. Die „No-Bail-out“-Klausel wurde durch die Installation der (zuvor nicht existierenden) Rettungsschirme (EFSF/ESM) scheinbar desavouiert. Allerdings interpretiert der EuGH in seinem positiven ESM-Urteil vom 27. November erstmals die „Nichtbeistandsklausel“ („no-bailout“) des Art. 125 etwas großzügiger. Auf jeden Fall steht Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten jetzt im Vordergrund, sie ist aber konditionalisiert („Six-pack“; Auflagen im Zusammen-

hang mit Rettungspaketen). Der Fiskalpakt bringt Schuldenbremsen für Mitgliedstaaten.

Zur Stabilisierung Griechenlands laufen bereits zwei Rettungspakete: Das erste (Mai 2010) mit bilateralen Krediten (110 Mrd. €), das zweite (März 2010) mit Krediten aus EFSM, EFSF plus IWF (130 Mrd. € und einem „haircut“ privater Gläubiger (107 Mrd. €). Das jüngste Paket vom November (43,7 Mrd. €) besteht aus weiteren Auszahlungen aus dem zweiten Griechenland-Paket plus „haircuts“ für Private (Schuldenrückkaufprogramm) und indirekt für den öffentlichen Sektor (Zinssatzsenkung; Zinsstundung; Verzicht aus Gewinnausschüttung der EZB).

Mitten in schwerer Rezession

Alles zielt darauf ab, die Staatsschuldenquote bis 2020 nach IWF-Definition „tragfähig“ zu machen (das heißt unter 120 Prozent des BIP zu drücken). Ob das gelingt, ist angesichts der anhaltenden schweren Rezession fraglich.

Griechenland steckt seit 2008 in der schwersten Rezession der Nachkriegszeit. Die Arbeitslosigkeit erreicht Rekordhöhen und das

Niveau des realen BIPs ist seit 2008 um 25,5 Prozent geschrumpft. Diese Situation ist nur vergleichbar mit dem Transformationschock der ehemaligen Planwirtschaften Mittel- und Osteuropas nach 1989, als sich diese auf Marktwirtschaften umorientieren mussten.

Wenn Griechenlands Wirtschaft also trotz aller Reformbemühungen nicht wieder auf einen tragfähigen Wachstumspfad kommt und die dritte Auflage der Griechenland-Rettung mit seinem großzügigen Schuldentilgungsprogramm dennoch scheitern sollte, könnte man sich immer noch einen „Deal für Athen“ vorstellen. Er müsste keinen erzwungener „Grexit“ mit unkontrollierter Staatsinsolvenz und unabsehbaren Kosten für alle Euroländer bedeuten.

Die „Deal für Athen“-Lösung

Beide Parteien – Euro-Gruppe und Griechenland – kommen zum Schluss, dass die bisherigen (schmerzlichen) Maßnahmen weder zur Schuldentragfähigkeit führten, noch zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit beigetragen haben. Daher bietet die EU (Euro-Gruppe) Griechenland an, freiwillig unter Berufung auf Art. 50 AEUV die EU zu verlassen.

Im Gegenzug übernimmt die Euro-Gruppe die Schulden Griechenlands (noch in Euro) bis zu einer Quote von 60 Prozent des BIPs (das wären nach Prognosen für das Jahr 2014) 238 Mrd. € an öffentlichen Schulden.

Griechenland wäre dann nicht mehr Mitglied der EU (und Eurozone) und könnte durch Abwertung der neuen (oder alten) Währung die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen europäischen Ländern wiederherstellen. Es könnte wieder neu durchstarten. Ein Wiederansuchen um EU-Beitritt ist möglich, ohne gleich wieder den Eurozwang mitzumachen.

Diese „Deal“-Lösung klingt unsolidarisch, wäre aber nur die Ultima Ratio eines gescheiterten Experiments, einen stark strahlenden Staat innerhalb der Eurozone wieder zu stabilisieren.

Dieser Kommentar entstand in Kooperation mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik; er ist Teil von deren neuer Serie „Policy Brief“: www.oegfe.at/policybriefs

Zum Autor



Fritz Breuss (* 6. 9. 1944 in Feldkirch) ist Jean-Monnet-Professor für wirtschaftliche Aspekte der Europäischen Integration an der Wirtschaftsuni Wien (WU). Seit Oktober 2009 emeritierter Professor für Internationale Wirtschaft an der Wirtschafts-Uni. Er leitet am Wifo den Forschungsschwerpunkt „Internationale Wirtschaft“.

[Privat]

E-Mails an: debatte@diepresse.com